

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2021

Nr. 329

ausgegeben am 29. Oktober 2021

Kundmachung vom 26. Oktober 2021 des Beschlusses Nr. 266/2021 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses

Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses: 24. September 2021

Zustimmung des Landtags: 2. Dezember 2020¹

Inkrafttreten für das Fürstentum Liechtenstein: 25. September 2021

Aufgrund von Art. 3 Bst. k des Kundmachungsgesetzes vom 17. April 1985, LGBI. 1985 Nr. 41, in der Fassung des Gesetzes vom 22. März 1995, LGBI. 1995 Nr. 101, macht die Regierung im Anhang den Beschluss Nr. 266/2021 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses kund.

Fürstliche Regierung:
gez. Dr. Daniel Risch
Fürstlicher Regierungschef

Anhang

Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses
Nr. 266/2021
vom 24. September 2021
zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-
Abkommen über die Zusammenarbeit in
bestimmten Bereichen ausserhalb der vier Frei-
heiten

Der Gemeinsame EWR-Ausschuss -
gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im
Folgenden "EWR-Abkommen"), insbesondere auf Art. 86 und 98,
in Erwägung nachstehender Gründe:

1. Es ist angezeigt, die Zusammenarbeit der Vertragsparteien des EWR-
Abkommens auf die Verordnung (EU) 2021/817 des Europäischen Par-
laments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung von Erasmus+,
dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung,
Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1288/
2013² auszuweiten.
2. Es ist angezeigt, dass die Beteiligung der EFTA-Staaten an den Aktivi-
täten, die sich aus der Verordnung (EU) 2021/817 ergeben, ab dem 1.
Januar 2021 beginnt, unabhängig davon, wann dieser Beschluss erlassen
wird oder ob die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Vorbehalte für
diesen Beschluss, sofern vorhanden, nach dem 10. Juli 2021 mitgeteilt
wird.
3. Einrichtungen mit Sitz in den EFTA-Staaten sollten berechtigt sein, sich
an Aktivitäten zu beteiligen, die vor dem Inkrafttreten dieses
Beschlusses beginnen. Die Kosten für Aktivitäten, mit deren Durchfüh-
rung nach dem 1. Januar 2021 begonnen wird, können unter denselben

Bedingungen als förderfähig angesehen werden, wie sie für Kosten gelten, die Einrichtungen mit Sitz in den EU-Mitgliedstaaten entstehen, sofern dieser Beschluss vor dem Ende der betreffenden Massnahme in Kraft tritt.

4. Die Bedingungen für die Teilnahme der EFTA-Staaten und ihrer Einrichtungen, Unternehmen, Organisationen und Staatsangehörigen an Programmen der Europäischen Union sind im EWR-Abkommen, insbesondere in Art. 81, festgelegt.
5. Das Protokoll 31 zum EWR-Abkommen sollte daher entsprechend geändert werden, um diese erweiterte Zusammenarbeit mit Wirkung vom 1. Januar 2021 zu ermöglichen -
hat folgenden Beschluss erlassen:

Art. 1

Art. 4 des Protokolls 31 zum EWR-Abkommen wird wie folgt geändert:

1. Nach Abs. 2p wird der folgende Absatz eingefügt:

"2q) Die EFTA-Staaten beteiligen sich mit Wirkung vom 1. Januar 2021 an dem folgenden Programm:

- 32021 R 0817: Verordnung (EU) 2021/817 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung von Erasmus+, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 ([ABl. L 189 vom 28.5.2021, S. 1](#)).

Die Kosten für die Aktivitäten, mit deren Durchführung nach dem 1. Januar 2021 begonnen wird, können ab dem in der Finanzhilfvereinbarung oder dem betreffenden Finanzbeschluss festgelegten Startdatum der Massnahme unter den darin festgelegten Bedingungen als förderfähig angesehen werden, sofern der Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 266/2021 vom 24. September 2021 vor dem Ende der Massnahme in Kraft tritt."

2. Der Text von Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"Die EFTA-Staaten leisten gemäss Art. 82 Abs. 1 Bst. a des EWR-Abkommens einen finanziellen Beitrag zu den in den Abs. 1, 2, 2a, 2b, 2c, 2d, 2e, 2f, 2g, 2h, 2i, 2j, 2k, 2l, 2m, 2n, 2o, 2p und 2q genannten Programmen und Massnahmen."

Art. 2

Dieser Beschluss tritt am Tag nach Eingang der letzten Mitteilung nach Art. 103 EWR-Abkommen in Kraft³.

Er gilt mit Wirkung vom 1. Januar 2021.

Art. 3

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 24. September 2021.

(Es folgen die Unterschriften)

1 Bericht und Antrag der Regierung Nr. [124/2020](#)

2 [Abl. L 189 vom 28.5.2021, S. 1.](#)

3 Das Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.